

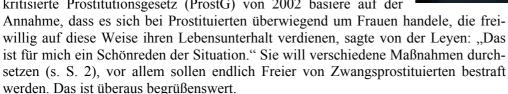
Rundbrief

Nr. 71, April 2007

Liebe Freundinnen und Freunde von SOLWODI,

obwohl längst wieder der Alltag eingekehrt ist, erfüllt mich immer noch der "Geburtstagsfeierrausch" vom 2. Februar. Das Fest zu meinem Siebzigsten war ein "beseelendes" Fest, von dem ich heute noch zehre (s. S. 4).

Gleich zu Anfang des Jahres gab es noch einen Grund zur Freude: Die Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen kündigte eine Trendwende in der Prostitutionspolitik an. Das von SOLWODI oft kritisierte Prostitutionsgesetz (ProstG) von 2002 basiere auf der



Skeptisch allerdings beurteile ich das Vorhaben, Bordelle zu konzessionieren, damit sie nicht nur von der Polizei, sondern auch von Gewerbeaufsicht, Finanz- und Ordnungsämtern kontrolliert werden können. Dadurch will die Bundesregierung aus dem Rotlichtmilieu ein "Hellfeld" machen. Ich denke eher, dass sich Zwangsprostitution und Menschenhandel dann ganz und gar im Dunkelfeld der Wohnungsprostitution verstecken und noch weniger Opfer befreit werden können. Außerdem dürfen sich die konzessionierten Bordelliers und Zuhälter als "salonfähig" fühlen – und ihre Kunden auch

Noch eine Einschätzung der Bundesfrauenministerin teile ich nicht. Das Prostitutionsgesetz, sagte sie, behindere keinesfalls die "wirkungsvolle Strafverfolgung" von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Wir hören von den Polizeistellen, mit de-

Menschenhandel und Zwangsprostitution. Wir hören von den Polizeistellen, mit denen wir kooperieren, das Gegenteil. Durch die Strafbarkeit von "Förderung der Prostitution", die durch das ProstG entfallen ist, konnte die Polizei früher mit diesem Verdacht relativ leicht Razzien begründen. Unsere Erfahrung ist,

dass seit dem Inkrafttreten des Gesetzes viel weniger Razzien gemacht werden. Trotzdem ist im SOLWODI-Jahresbericht 2006, der Mitte April erscheint, die Zahl der Erstanfragen im Bereich "Menschenhandel/Zwangsprostitution/Opferzeuginnen" im Vergleich zu 2005 gestiegen. Auch wir verzeichnen eine Trendwende: Früher war es vor allem die Polizei, die uns die Erstkontakte zu Zwangsprostituierten vermittelte; heute sind es zunehmend Bekannte, Kolleginnen und Freier. Dazu hat mit Sicherheit unsere viel beachtete WM-Kampagne "Nein zur Zwangsprostitution!" beigetragen. Ich bin optimistisch: Anscheinend wird der durch das

ProstG vermittelte Eindruck, Prostitution sei ein Beruf wie jeder andere, endlich wieder abgeschafft.



Inhalt

Guter Start in München Von Katja Leonhardt

Seite 1

Kein Beruf wie jeder andere

Von Cornelia Filter

Seite 2

Freiertum ist immer eine Menschenrechtsverletzung

Von Susanne Hagemann

Seite 3

Eine gelungene Geburtstagsfeier

Seite 4

Herzlichen Glückwunsch, liebe Lea

Seite 4

In eigener Sache

Seite 4

Impressum

Seite 4

Ihre Sr. Lea

Guter Start in München

Von Katja Leonhardt

Am 01.01. 2007 startete die Arbeit des SOLWODI-Büros in München. Ich wurde bereits zu mehreren Veranstaltungen und Vorträgen eingeladen; auch bei der Vernetzung mit anderen Organisationen sind die ersten Schritte gemacht. Außerdem wurden schon einige Anfragen von Frauen in Notlagen an SOLWODI München gestellt und bearbeitet. Seit Ende Januar habe ich auch eine Praktikantin als Verstärkung.

Eine besondere Freude ist, wie schnell der SOLWODI-Arbeitskreis München wächst und gedeiht. Zahlreiche Mitglieder bringen aktiv Wissen und Engagement für verschiedene Projekte ein. Die AK-Treffen finden jeweils am dritten Dienstag im Monat um 19 Uhr statt. Neben der Planung von Aktionen wird auch ein Vortrag oder Ähnliches angeboten. Wer Lust auf die Mitarbeit im Arbeitskreis hat, kann sich beim Münchner Büro melden: 089/27275859 oder muenchen@solwodi.de. Wir freuen uns über jedes neue Mitglied!



Kein Beruf wie jeder andere

Von Cornelia Filter

"Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere!" so Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen auf einer Pressekonferenz am 24. Januar in Berlin. Fünf Jahre nach Inkrafttreten des rot-grünen Prostitutionsgesetzes (ProstG) kündigte die streitbare Christdemokratin eine Kehrtwende an:

- Ausstiegswillige Prostituierte sollen es künftig leichter haben, in Qualifizierungs- und Förderprogramme zu kommen.
- Freier, die wissentlich Zwangsprostituierte kaufen, sollen bestraft werden.
- Sexualkontakte mit minderjährigen Prostituierten unter 18 Jahren (bislang 16 Jahre) werden ebenfalls unter Strafe gestellt.
- Prostitution darf rechtlich nicht als zumutbare Option zur Sicherung des Lebensunterhalts gelten.
- Strafandrohungen für die verschiedenen Formen der Ausbeutung von Prostituierten und die Zuhälterei sollen überprüft und gegebenenfalls verschärft werden
- Um über polizeiliche Kontrollen hinaus auch Kontrollen mit den Mitteln des Gaststätten-, Gewerbeund Ordnungsrechts zu ermöglichen, sollen Bordelle konzessioniert werden.

Grund für die Kehrtwende waren Studien und Gutachten zum ProstG, das die rechtliche und soziale Lage der schätzungsweise 200.000 "legalen" und "freiwilligen" Prostituierten in Deutschland verbessern wollte. "Das ist nicht ausreichend gelungen", erklärte die Bundesfrauenministerin, die auf der Pressekonferenz einen Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des ProstG vorstellte. Darin wird auch begründet, warum Deutschland nicht den schwedischen Weg des Verbots beschreitet, sondern es vorzieht, Prostitution "in rechtsstaatlicher Weise" zu kontrollieren und zu regulieren.

In Schweden wird nicht zwischen "freiwilliger" und "unfreiwilliger" Prostitution unterschieden; dort ist jeglicher "Kauf sexueller Dienste" verboten. Die Freier, die es trotzdem tun, müssen mit Geld- oder Gefängnisstrafen rechnen. Hinter dem schwedischen Anti-Freier-Gesetz steckt der Gedanke, dass Prostitution immer mit Gewalt verbunden und ein Verstoß gegen die Menschenwürde ist. Das sehen einige ExpertInnen in Deutschland genauso, zum Beispiel Detlef Ubben, Chef des Hamburger Kommissariats Menschenhandel: "Der Fall, dass eine Frau Prostitution eigenständig und selbstbestimmt ausübt, trifft in 95 Prozent der Fälle nicht zu. Wenn die Frauen wieder rauswollen, droht ihnen meist Gewalt." Trotzdem folgt die Bundesregierung weitestgehend der Argumentation des Juraprofessors Joachim Renzikowski, der in seinem Rechtsgutachten zum ProstG schreibt:

Nach dem Menschenbild des Grundgesetzes erscheine der Mensch als "eine auf Freiheit und Selbstverantwortung angelegte Person". Darum müsse "die freiwillige Ausübung der Prostitution als autonome Entscheidung vom Recht anerkannt werden". Angesichts der "Ubiquität (Allgegenwärtigkeit) dieses uralten Phänomens in allen Gesellschaften" erscheine die Behauptung, "ausgerechnet die Prostitution trage zu einem allgemeinen Sittenverfall" bei, kaum als plausibel. "Streiten mag man darüber, ob und inwieweit die Prostitution Ausdruck einer geschlechts-hierarchischen Gesellschaftsstruktur ist."

Das allerdings ist für die Bundesregierung keine Streitfrage. Sie betrachtet es als eine ihrer vordringlichen Aufgaben, "den aus gleichstellungspolitischer Sicht problematischen Implikationen von Prostitution entgegenzusteuern" (s. Kasten).

Die sensibilisierte Bundesregierung

Im Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des ProstG wird ausdrücklich auf Folgendes hingewiesen:

"Prostitution ist überwiegend eine physisch und psychisch belastende, risikoreiche und auch gefährliche Tätigkeit, die nicht selten von besonders vulnerablen (verwundbaren) Gruppen ausgeübt wird. Dies wird durch die Befragung der Teilpopulation Prostituierte im Rahmen der Untersuchung zu Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland nachdrücklich bestätigt. Diese Gruppe wies deutlich mehr Belastung durch Gewalt in der Kindheit, sexuelle Gewalt, Gewalt in Beziehungen und am Arbeitsplatz auf. Es ist darüber hinaus eine soziale Realität, dass viele Prostituierte sich in einer Situation befinden, in der es fraglich ist, ob sie sich wirklich frei und autonom für oder gegen diese Tätigkeit entscheiden können. Vor diesem Hintergrund muss es Ziel der Gleichstellungspolitik sein, andere Optionen der Lebensgestaltung zu eröffnen.

Im Übrigen ist es Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, auch die problematischen Auswirkungen der Kommerzialisierung von Sexualität auf die in der Gesellschaft präsenten Bilder von Geschlechterrollen und deren nachteilige Auswirkungen auf das Ziel einer gleichberechtigten Partnerschaft in den Blick zu nehmen und Jungen und Männer im Rahmen einer wertebezogenen Diskussion für ihre diesbezügliche Verantwortung zu sensibilisieren."

Freiertum ist immer eine Menschenrechtsverletzung

Von Susanne Hagemann



Susanne Hagemann aus Schleswig engagiert sich bei amnesty international und ist langjähriges ver.di-Mitglied. In EMMA 2/07 erschien ihre vehemente Kritik an der Dienstleistungsgewerkschaft, die Prostitution als "Sexarbeit" und Prostituierte als "Sexdienstleistende" anerkennen will. Es folgt ein Gastkommentar der engagierten Streiterin für weibliche Menschenrechte.

Prostitution wird heute meist in Abgrenzung zu "altmodischen Moralvorstellungen" diskutiert. Die Gewalterfahrungen der so genannt "freiwillig" involvierten Mädchen und Frauen – circa 90 Prozent sind von sexueller Gewalt in der Kindheit betroffen, etwa 80 Prozent prostituieren sich auf Betreiben ihrer "Partner" – werden ausgeblendet. Betont wird das Recht auf die "Freiheit", sich zu prostituieren. Doch in welchem kulturellen Kontext?

Befürworter von Prostitution nennen gern als Beispiel für eine "moralisch offene" Gesellschaft, in der prostituierte Frauen hoch angesehen gewesen seien, die griechische Antike – "Wiege der Demokratie". Bleiben wir realistisch: Wir sprechen von einer Sklavenhaltergesellschaft, die den größten Teil der Bevölkerung von demokratischen Entscheidungen ausschloss – darunter alle Frauen!

Die feministische Geschichtsforschung bringt Prostitution mit der Entstehung des Patriarchats vor rund 5000 Jahren und der zeitgleich entstandenen Sklaverei in Verbindung, also der Abwertung von Menschen als "belebte Werkzeuge". Diesen Begriff prägte der Sklaverei-Befürworter Aristoteles. Welche Konsequenzen hat das für eine moderne Betrachtung von Prostitution? Nach 5000 Jahren Patriarchat sind noch viele "Denk"-Traditionen zu überwinden. Vermutlich ist es deshalb im 21. Jahrhundert so schwer, eine "Sexualität", die einen einseitigen Lustgewinn beim Mann akzeptiert, als tradierte Gewaltform zu begreifen. Prostituierte Frauen schützen sich durch so genannte Tabuzonen (zum Beispiel der Kopf, aber nicht der Intimbereich). Deren Definition ist ein Eingeständnis der schädigenden Gewalttätigkeit von Freier-Übergriffen auf die Körper der betroffenen Mädchen und Frauen. In jedem anderen Kontext wird eine solche Spaltung als schwerer Eingriff in die Gesundheit und seelisch-körperliche Integrität eines Menschen anerkannt.

Modern kann also nur *ein* Ansatz sein: Die ultimative Forderung nach dem Recht auf den *ganzen* eigenen Körper und die wahre sexuelle Freiheit. Will meinen: echte weibliche Lust – statt der pseudo-sexuellen Tradition weiblichen Zur-Verfügung-Stehens.

Fokussiert auf die Verursacher ist Prostitution als Freiertum zu bezeichnen, und es ist zu thematisieren, warum eine geschlechtergleichberechtigte Demokratie im 21. Jahrhundert toleriert, dass beim "Sex" die Lust der

Frau entbehrlich ist; dass es für einen Mann in Ordnung ist, eine Frau als belebtes Werkzeug zu benutzen.

Damit wird die Unterscheidung zwischen "freiwilliger" und Zwangsprostitution unsinnig: Freiertum ist *immer* eine Menschenrechtsverletzung. Jede Art von Regulierung ist somit genauso fragwürdig wie eine "pragmatische" Herangehensweise an beispielsweise Folter: akzeptiert, nur gemildert durch Durchführungsbestimmungen? Undenkbar!

Aber im Falle vom Freiertum reden wir ja nur über Frauen-Menschenrechte. Ist die Zeit dafür endlich reif?

Schwieriger Ausstieg

Im Rahmen des bundesweit einmaligen Modellversuchs ProFridA in Trägerschaft des Diakonischen Werks werden in Nordrhein-Westfalen seit 2006 "freiwillige" Prostituierte in der Altenpflege und im Marketingbereich ausgebildet. Bislang nahmen bzw. nehmen 63 Frauen teil. 92 Prozent aller deutschen "Sexarbeiterinnen" würden gerne aussteigen, hieß es Anfang März in einem ARD-Film über ProFridA. Doch öffentlich geförderte Ausstiegsprojekte sind (noch) rar. Oft schämen sich die Betroffenen auch, staatliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Eine SOLWODI-Beraterin berichtet über folgenden Fall:

"Trotz des großen Ausstiegswunsches der Frau stand die finanzielle Seite ständig im Mittelpunkt ihrer Ängste und blockierte sie über Monate hinweg. Sie hatte Mühe, sich gegenüber Behörden als Prostituierte zu benennen, sprach vom "Begleitservice" und dass sie 'da auch so Sachen' mache. Auch war es für ihr Selbstwertgefühl absolut wichtig, nie vom Staat abhängig gewesen zu sein. Andererseits gab es keine Rücklagen, um den Neustart zu finanzieren. Nach einigen Gewaltübergriffen aus dem Milieu gelang es uns schließlich, die Frau umzusiedeln und trotz der damit verbundenen Überbrückung durch öffentliche Mittel ernsthafte Schritte in die berufliche Eingliederung umzusetzen. Dieses Beispiel beweist auch, dass es den Betroffenen nicht darum geht, anderen 'auf der Tasche zu liegen'."

Eine gelungene Geburtstagfeier

Am 2. Februar ist Schwester Lea siebzig geworden. Die Geburtstagsfeierlichkeiten begannen um 10 Uhr in der Hirzenacher Kirche mit der Präsentation des neuen Buches "Über Gott und die Welt" und endeten spät in der Nacht im Pfarrsaal: nach musikalischen und kabarettistischen Einlagen, nach humorigen Erinnerungen an ein abenteuerliches Leben, nach einem bewegenden Abendgottesdienst, nach reichhaltigem Genuss von Speis und Trank, nach viel Gelächter und Gesang.

Durch den Tag führte die Kölner Entertainerin Bea Nyga mit Musik und Witz – und ohne Honorar. Zahlreiche Menschen trugen unentgeltlich zum Gelingen bei: Mitarbeiterinnen und Ehrenamtliche von SOLWODI, HirzenacherInnen, die Journalistin Inge Bell und der Chor von Emmelshausen. Das Ehepaar Bruns vom Hotel-Restaurant Hirsch in Hirzenach stiftete Suppe für den Mittagsimbiss und die Familie Jockwig vom Parkhotel in Bad Salzig ein reichhaltiges Abend-Büffet für 80 Personen. Statt Geschenken hatte sich Schwester Lea Spenden für SOLWODI gewünscht: die phänomenale Summe von über 27.000 Euro kam dabei zusammen.

"Herzlichen Glückwunsch, liebe Lea!"

... steht auf dem Deckblatt eines Albums mit Fotos und Texten, das die Frauen und Kinder aus der Schutzwohnung in Bad Kissingen gestaltet haben. Darin schreibt eine Frau: "Ich habe mit Hilfe von SOLWODI gelernt, positive Seiten am Leben zu sehen." Eine zweite bedankt sich, "weil SOLWODI für mich ein Rettungsanker ist": "Mein Ehemann hat mich mit meinem Sohn hinausgeworfen. In der Schutzwohnung fühle ich mich behütet. SOLWODI lässt mich mit meinem Schicksal nicht allein." Eine dritte meint: "SOLWODI ist für mich ein Licht in der Dunkelheit geworden. Durch SOLWODI kann ich heute kommunizieren, in der Schule lernen und mich frei fühlen." Ein vierte fragt sich: "Was wünscht man jemandem wie Sie?" Die Antwort: "Das Beste wäre, dass SOLWODI eines Tages nicht mehr da sein müsste, dass die Kinder glücklich werden und die Frauen ohne Gefahr leben könnten."

In eigener Sache:

- Der 23. April ist der Welttag des Buches. Ein schöner Anlass, um Leseratten eine Freude zu machen. Wie wäre es mit "Über Gott und die Welt. Gespräche am Küchentisch" von Lea Ackermann und Fritz Köster (gerade erschienen)? Oder mit Schwester Leas Autobiografie "Um Gottes willen, Lea!" (2005)? Informationen zu diesen und anderen Titeln finden Sie unter www.solwodi.de. Wenn Sie ein Geschenk zum Welttag des Buches machen möchten, vermerken Sie dies bitte auf Ihrer Bestellung, damit Sie es pünktlich erhalten! Auf Wunsch signiert Sr. Lea Ackermann Ihr Buch auch gern. Bestellungen schriftlich oder per E-Mail an: s. Impressum!
- Ab und zu erhalten wir Spendenüberweisungen mit "verstümmelten" Angaben oder Namensdoppelungen, so dass diese nicht richtig zuzuordnen sind. Sollten Sie also einmal <u>keine</u> Bescheinigung für Ihre Spende (Ausstellung ab 50 €, bei kleineren Beträgen erkennt das Finanzamt die Überweisungskopie bzw. den Kontoauszug an) erhalten haben, bitte bei Silke Albrecht melden, damit dies nachgeholt werden kann! Tel. 06741-2232 oder Fax 06741-2310 oder per Email: <u>albrecht@solwodi.de</u>.

Impressum:

Redaktion: SOLWODI Deutschland e.V., Propsteistraße 2, 56154 Boppard

Tel: 06741-2232, Fax: 06741-2310,

Email: info@solwodi.de Internet: http://www.solwodi.de

Bankverbindungen:

Volksbank Koblenz Mittelrhein e.G. Landesbank Saar, Saarbrücken

Konto Nr. 656565 1000 Konto Nr. 2000 9999 BLZ 570 900 00 BLZ 590 500 00

Für Überweisungen aus dem Ausland:

BIC GENODE51KOB BIC SALADE55XXX

IBAN DE68 5709 0000 6565 6510 00 IBAN DE84 5905 0000 0020 0099 99

... in nächster Zeit

28. März 2007

"Die Arbeit von SOLWODI", Vortrag Sr. Mechthild Steinberger, Pfarrzentrum Unserer lieben Frau in Burghausen, 19.30

18. April 2007

"Frauenhandel und Zwangsprostitution", Vortrag von Sr. Lea Ackermann in der Universität des Saarlandes, Musiksaal, 17.00 Uhr

19. April 2007

"Die Arbeit von SOLWODI", Vortrag von Sr. Mechthild Steinberger im Pfarrzentrum von Burgenhausen, 19:30 Uhr

20. April 2007

"Frauensolidarität in der Männerwelt", Vortrag von Sr. Lea Ackermann im Roncalli-Haus in Wiesbaden, 17.00 Uhr

25. April 2007

"Über Gott und die Welt. Gespräche am Küchentisch", Lesereise von Sr. Lea Ackermann und Pater Fritz Köster, Katholische Akademie in Hamburg, 19.00 Uhr

12. Mai 2007

"Frauenhandel – die Arbeit von SOLWODI", Vortrag von Sr. Lea Ackermann im Dekanat Bitburg

01. Juni 2007

"Gewalt an jungen Frauen", Vortrag anlässlich des Patronatstages an der Winfriedschule in Fulda von Renate Hofmann, 9.30 Uhr

20. September 2007

"Frauenhandel. Gewalt an jungen Frauen", Frauentag mit Vortrag von Renate Hofmann, Gemeindezentrum St. Xystus in Erlangen-Büchenbach, 9.30 Uhr

Weitere Termine finden Sie auf unserer Homepage: www.solwodi.de